

Demografischer Wandel wird zur Belastung für das Gesundheitssystem

Der demografische Wandel verändert spürbar unsere Gesellschaft. Eine alternde Bevölkerung, niedrige Geburtenzahlen und damit einhergehend steigende finanzielle Belastungen des Sozialsystems werden Deutschland in den kommenden Jahrzehnten prägen. Die Brisanz dieses Themas zeigt sich nicht nur in den aktuellen Debatten über die Finanzierbarkeit des Rentensystems. Neben der Zukunft der Renten gestalten sich auch die Vorhersagen zu den künftigen Gesundheitsausgaben und deren Finanzierung schwierig, da die Studienlage hierzu unübersichtlich ist. Dies nimmt die Deutsche Aktuarvereinigung e.V. (DAV) zum Anlass für eigene Analysen.

Hierbei ist ein erster Schritt, anknüpfend an demografische Analysen der DAV aus den Jahren 2007/2008, eine Ursachen- und Wirkungsanalyse demografischer Faktoren zu erarbeiten. Denn Demografie im Gesundheitswesen ist mehr als der Abgleich künftiger Einnahmen und Ausgaben. Beispielhaft seien hier nur veränderte Familienstrukturen genannt oder die Frage, ob die zahlreichen Pflegefälle in ferner Zukunft nur noch von Pflege Robotern betreut werden. Weiterführende Themen sind die Entwicklung des Einkaufsverhaltens im Gesundheitsbereich, der Zugang zur Vollversicherung, die Finanzierung der Zusatzversicherung, die Annahme- und Zeichnungspolitik in der privaten Krankenversicherung (PKV) sowie die Untersuchung der Prognosen „Medikalisierung vs. Kompression“. Damit ist gemeint, ob die Bürger die zusätzlichen Lebensjahre infolge des medizinischen Fortschritts eher gesund (Kompression) oder in Krankheit (Medikalisierung) verbringen werden.

Bruttoinlandsprodukt und Gesundheitskosten wachsen simultan

Als Ausgangspunkt für die weiteren Diskussionen hat sich die DAV kritisch mit den Prognosen des vierten Berichts zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, der im Februar 2016 vom Bundesministerium für Finanzen veröffentlicht wurde, auseinandergesetzt.

So wird in diesem angenommen, dass die Leistungsausgaben der Krankenversicherung pro Kopf bis zum Jahr 2060 in gleichem Maße wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigen. Eine Prüfung dieser Annahme zeigt aber ein ambivalentes Bild: Während das BIP in den Jahren 1991 bis 2015 durchschnittlich um 2,7 Prozent pro Jahr zulegte, erhöhten sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Durchschnitt jährlich um

3,5 Prozent (siehe Abbildung 1). Wird dieser Wert um die demografischen Effekte der Altersstruktur und das Wanderungs-Saldo in Höhe von 0,7 Prozentpunkten korrigiert, sind BIP- und GKV-Kostenanstieg annähernd gleich stark. Allerdings ist auch eine Differenz von „nur“ 0,1 Prozentpunkten auf längere Sicht erheblich.

Außerdem zeigen auch einige Jahre, dass eine Beziehung zwischen Gesundheitsausgaben und BIP nicht uneingeschränkt gegeben ist. 2009 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt um 3,6 Prozent pro Einwohner, während die GKV-Kosten um 6,6 Prozent stiegen. Neben der Finanzkrise, die das BIP einbrechen ließ, schlugen sich in den GKV-Leistungen kostentreibende Reformen im Gesundheitssystem nieder, von denen das BIP wiederum unberührt blieb. Trotz solcher „Ausreißer“ erscheinen die Annahmen des Tragfähigkeitsberichts nachvollziehbar – wenn nach Ansicht der Aktuar auch moderat zu optimistisch –, dass sich BIP und Gesundheitskosten fast im Gleichklang entwickeln.

Steigende Ausgaben bei sinkender Gesamtbevölkerung

Neben dem Bundesfinanzministerium veröffentlichen auch weitere Institute Prognoserechnungen zur demografischen Entwicklung. So veröffentlichte die Stiftung Marktwirtschaft im Jahr 2015 zwei besonders repräsentative Studien (Nr. 131 und 133), die sich mit der Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte und der Finanzierbarkeit der Sozialausgaben in Deutschland und den übrigen EU-Staaten beschäftigen (nachfolgend SM15 genannt).

Beim Vergleich von Tragfähigkeitsbericht und SM15 zeigen sich Unterschiede in den Modellannahmen der Prognoserechnungen. Um die Alterung der Gesellschaft darzustellen, wird in beiden Studien der Altenquotient berechnet – also der Vergleich der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter mit den Rentenbeziehern. Während im Tragfähigkeitsbericht das arbeitsfähige Alter mit 15 Jahren beginnt, verwendet der SM15 den Bereich ab 20 Jahren. Ansonsten gehen beide Studien von vergleichbaren Annahmen aus: Eine Geburtenrate von 1,4-1,6 Kindern pro Frau, eine steigende Lebenserwartung zwischen 88,8-90,4 Jahren bei Frauen und zwischen 84,8-86,7 Jahren bei Männern sowie eine Netto-Zuwanderung von 100.000 bis 200.000 Personen pro Jahr. Während im Tragfähigkeitsbericht der Altenquotient zwischen 53,7 und 64,1 geschätzt wird, prognostiziert der SM15 einen

Altenquotienten zwischen 60 und 73. Auf diesen Grundlagen wird im Tragfähigkeitsbericht ein Absinken der Bevölkerung in Deutschland von derzeit rund 82 Millionen auf 69,2 bis 76,9 Millionen geschätzt und im SM15 mit einem Rückgang auf 69 Millionen gerechnet.

Die unterschiedlichen Prognosen der Altersstruktur wirken sich auch unmittelbar und sehr unterschiedlich auf die Hochrechnungen der Ausgaben für das Sozialsystem aus. So wird im SM15 eine Ausgabenentwicklung von 19,1 Prozent vom BIP im Jahr 2013 auf 26,6 Prozent im Jahr 2060 geschätzt. Im Tragfähigkeitsbericht gehen die Autoren hingegen davon aus, dass 2060 zwischen 20,8 und 23,1 Prozent des Bruttoinlandproduktes für Sozialausgaben aufgewendet werden müssen. Im Jahr 2015 waren es nur 17,3 Prozent.

Wer zahlt die Gesundheitsausgaben?

Für die Jahre 1992 bis 2014 wurden die Gesundheitsausgaben der verschiedenen Kostenträger im Gesundheitssystem untersucht. Dabei zeigten sich überraschenderweise nur geringe Änderungen der Kostenübernahme durch die gesetzliche und private Krankenversicherung sowie die übrigen Träger.

Eine Analyse der übrigen Träger zeigt dabei deutlich: Die Ausgaben des öffentlichen Haushalts haben von 1992 bis 2005 abgenommen, während die der privaten Haushalte im gleichen Zeitraum gestiegen sind. Ab 2005 sind die Ausgaben der übrigen Träger aber relativ stabil. Ferner verdeutlichen die Zahlen, dass die Selbst- oder Zuzahlung der Bürger trotz eines oftmals anderen Gefühls nicht stärker als die Gesundheitsausgaben der Krankenversicherung gestiegen sind (siehe Abbildung 2 und 3).

Ausblick

Weitere Untersuchungen von der DAV geplant

Bereits der Tragfähigkeitsbericht der Bundesregierung zeigt auf, dass die Gesundheitsausgaben pro Kopf mit dem BIP steigen. Darüber hinaus sind zusätzliche Steigerungen aus der deutlich veränderten Altersstruktur zu erwarten. Dies wirkt sich direkt auf die Ausgaben der gesetzlichen wie der privaten Krankenversicherung sowie der privaten Haushalte aus. Dabei verdeutlichen die Analysen der DAV und andere Studien: Die Annahmen des Tragfähigkeitsberichts sind sogar eher optimistisch. Die DAV hat es sich auch vor diesem Hintergrund zur Aufgabe gemacht, zu untersuchen, auf welche Szenarien sich das Gesundheitswesen und dessen Finanzierung in den kommenden Jahrzehnten einzustellen hat. Diese Arbeit soll die Grundlage für eine frühzeitige Auseinandersetzung mit möglichen Verbesserungsmaßnahmen sein.

